

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 45. Ratssitzung vom 10. April 2019

1127. 2019/61

Postulat von Dubravko Sinovcic (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 06.02.2019: Beibehaltung der bisherigen Tarife der Kundinnen und Kunden oder eines günstigeren Tarifs per Default bei der Umsetzung der Revision der Energietarife

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dubravko Sinovcic (SVP): *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 904/2019): Wir haben schon in der Vorstellung der Weisung gehört, dass die Revision der Tarife des ewz eine sinnvolle und unbestrittene Sache ist. Die ganze Sache wird gestrafft und das ewz rüstet sich für zukünftige Herausforderungen. Die aktuellen Stromprodukte, die erhalten bleiben, werden sogar etwas günstiger. So auch der Tarif ewz.basis, den über 80 Prozent der Bezüger in der Stadt beziehen. Ein kleines Detail in dieser Weisung hat allerdings in der SVP-Fraktion Anlass zu Diskussionen gegeben. Es geht darum, dass die Bezüger von ewz.basis in den neu zu definierenden Tarif ewz.default, der etwas teurer wird, umgeteilt werden sollen. Uns macht die Begründung, wieso man das tun soll und das ganze Vorgehen etwas Mühe. Es kommt mir so vor, wie wenn ich einen Brief meiner Krankenkassen erhalte, in dem steht, dass die Kasse ein tolles neues Produkt hat und sie das Gefühle habe, dass der Kunde gerne privat versichert sein möchte. Der Kunde wäre dann ab morgen privat versichert und wenn er das nicht will, müsste er sich bei der Krankenkasse melden. Genauso macht es das ewz. Das ewz stellt eine These auf. Die Stadtzürcher haben ein bestimmtes Stimmverhalten und sie möchten ökologischen und zertifizierten Strom. Also schaffen sie ein Produkt, das dies bietet und teilen alle Bezüger, die das bisher günstigste Produkt beziehen, in diesen neuen Tarif um. Ein kleines Detail geht dabei vergessen. Das ewz hat Marktforschung betrieben und geschaut, was die Bezüger der aktuellen Tarife möchten. Dabei kam interessanterweise heraus, dass die Bezüger von ewz.basis einfach billigen Strom wollen. Warum diese Bezüger nun nicht mehr das billigste Produkt, sondern ein ökologisch zertifiziertes Produkt haben wollen, ist nicht nachvollziehbar. Dieses Vorgehen wird dazu führen, dass wir mehr Verwaltungsaufwand haben werden. Alle Bezüger, die in den Tarif ewz.default umgeteilt werden, werden auf einer Karte oder einem Onlineformular einfach ankreuzen, dass sie nicht in das teurere Produkt wechseln und bei ewz.basis bleiben wollen, weil sie einfach billigen Strom möchten. Wir hatten schon einmal eine Tarifrevision, wo man dies so gemacht hat. Als man den Atomstrom aus den Tarifen herausgenommen hat, hat man alle Bezüger in den Tarif ewz.ökopower umgeteilt. Trotzdem haben heute 85 Prozent aller Bezüger den Tarif ewz.basis. Dies ist auch gut so. Dieses Produkt ist absolut CO₂-neutral, ökologisch und günstig. Es gibt keinen Grund, diese 85 Prozent der Leute ökologisch umzuerziehen. Dies ist ein Punkt, über den es Wert ist, separat zu sprechen. Der Kunde ist König und entscheidet selber darüber, was er will. Das ewz darf den Kunden über neue Tarife und deren Vorteile informieren. Dann kann der*

Kunde den Tarif wählen, wenn er dies möchte. Aber wenn man einfach die Leute umteilt und sagt, dass sie sich melden müssen, wenn sie dies nicht wollen, dann handelt es sich um kundenunfreundliches Verhalten. Dies finden wir nicht gut.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Als ich das Postulat und die darin enthaltene Forderung gelesen habe, war ich im ersten Moment versucht, das Postulat einfach entgegenzunehmen. Eigentlich ist das Postulat, so wie es formuliert ist, erfüllt. Ich hatte allerdings den Verdacht, dass etwas Anderes gemeint ist. Dies hat sich jetzt auch bestätigt. Sie unterliegen einem Grundlagenirrtum. Die heutigen Tarife wird es nicht mehr geben. Alle Tarife werden umgewandelt. Es gibt ein neues Tarifsystem und der heutige Tarif ewz.basis wird in ein Produkt umgewandelt, das Strom aus ewz-eigenen Produktionsanlagen anbietet. In der Begründung des Postulats wird von «möglicherweise ungewollten Mehrkosten» geschrieben. Es gibt keine solchen Mehrkosten. Darum ist auch der Vergleich mit der Krankenkasse falsch. Wir schreiben nicht, dass die Kunden ewz.ökopower nehmen müssen. Wir sagen, dass wir den Tarif anpassen und die Kunden nicht mehr bezahlen müssen. Zusätzlich geben wir den Kunden sogar die Möglichkeit, einen günstigeren Tarif zu wählen. Es ist nicht so, dass wir ein «Buebetrickli» machen und die Leute in einen teureren Tarif einteilen. Wir sind hier in der Grundversorgung. Das heisst die Strombezüger sind zum Grossteil auch Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Diese haben uns den Auftrag gegeben, in die entsprechenden Produktionsanlagen – erneuerbare Energien aber auch Wasserkraft – zu investieren. Daher ist es richtig, dass das Standardprodukt dieses ist, wo man sagt, dass wir das verrechnen, was bestellt wurde. Ich möchte auch noch festhalten, dass wir niemanden einfach in den Tarif ewz.ökopower umteilen. Selbstverständlich fragen wir diejenigen, die im heutigen System schon mehr bestellt haben, ob sie ewz.ökopower möchten. Und diejenigen die ewz.solartop hatten, fragen wir, ob sie dies im Tarif ewz.ökopower auch haben möchten. Bezüglich dem genannten administrativen Aufwand kann ich sagen, dass wir sowieso alle anschreiben müssen, wenn wir die Tarife ändern. Wir müssen ja wissen, in welche Kategorie die Leute möchten. Dies lässt sich nicht verhindern, es werden sich bei allen die Tarife ändern. Wir tun nicht das, was sie uns vorwerfen. Wir machen eigentlich das, was sie im Postulat gefordert haben, wenn man es richtig verstehen möchte. Das Postulat ist eigentlich erfüllt.*

Weitere Wortmeldungen:

Sebastian Vogel (FDP): *Man kann über das Postulat, so wie es daherkommt, geteilter Meinung sein. Nun geht es aber darum, ob man inhaltlich der Forderung, dass die ewz-Kundinnen und Kunden, die jetzt im günstigsten Tarif gemeldet sind, auch ganz grundsätzlich künftig im günstigsten Tarif landen, folgen will. Die FDP unterstützt dieses Postulat. Wir sehen es als kundenfreundlich an. Es lässt den Kundinnen und Kunden die Möglichkeit offen, in ein teureres Produkt, das ihrem Charakter und ihren finanziellen Möglichkeiten besser entspricht, zu wechseln. Dies auch vor dem Hintergrund, dass alle Produkte – auch das neu günstigsten Produkt – den aktuellen Umweltstandards, die wir aktuell in dieser Stadt haben, entsprechen.*

Guido Hüni (GLP): Wir reden heute von vier Tarifen. Einer davon ist der ewz.basis Tarif. Dieser Tarif beinhaltet Wasserkraft aus dem In- und Ausland, die Windanlagen des ewz im Ausland und einen Anteil KEV. Der Stein des Anstosses ist nun der neue Tarif ewz.default. Dieser besteht zu 100 Prozent aus Wasserkraft aus Anlagen des ewz in der Schweiz, den Windanlagen des ewz im Ausland und dem Anteil KEV. Daneben gibt es den neuen Tarif ewz.basis, der eigentlich der alte Tarif mit Wasserkraft im In- und Ausland ist. Es ist wichtig, dass der neue Tarif ewz.default gleich teuer ist. Es kommt zu keiner Schlechterstellung der Kunden, die in diesen Tarif hineinkommen und, wenn man es böse sagen möchte, zwangsökologisiert werden. Es handelt sich dabei um den Produktionsmix des ewz. Als sich die Stadt Zürich ursprünglich elektrifiziert hat, hat sie Kraftwerke gebaut, um den Strom selber zu brauchen. Daher handelt es sich eigentlich um eine schöne Geschichte, wenn man nun sagt, dass die Strombezüger in dieses Produkt umgeschichtet werden. Die Eigenproduktion ist ein Wiedererkennungsmerkmal des ewz. Die Leute haben auch immer noch die Wahlfreiheit. Der Kunde ist nach wie vor König. Dann gibt es auch die Angst, dass es sich um eine Preisfalle handelt und der Preis zukünftig signifikant erhöht wird. Das ewz unterliegt strengen regulatorischen Bedingungen durch die Eidgenössische Elektrizitätskommission (EiCom). Diese Behörde schreibt anhand der sogenannten Durchschnittsmethode die Preisberechnung vor. Dabei werden Gestehungskosten und Einkaufskosten der Energie berechnet. Nur dies kann man weiterverrechnen. Es wird also nicht zu signifikanten Preiserhöhungen kommen. Selbst wenn es zu einer Erhöhung um 0,5 Rappen kommen würde, was eine sehr grosse Erhöhung wäre, würde dies für einen Vierzimmerhaushalt in einer Mietwohnung mit einem Verbrauch von ungefähr 5600 kWh Mehrkosten von rund 28 Franken im Jahr bedeuten. Meinem Kollegen von der SVP ist dies vielleicht zu weit entfernt. Vielleicht ist ihm ein Vierpersonenhaushalt in einem Eigenheim, also ein Einfamilienhaus, etwas näher. Hier liegen wir bei einem Verbrauch von etwa 7300 kWh und Mehrkosten von 36 Franken bei einer signifikanten Erhöhung von 0,5 Rappen pro kWh. Auch dieser Preis ist in Relation zur Handyrechnung immer noch sehr gering. Alle diese Punkte sprechen dafür, dass wir dieses Postulat ablehnen.

Andreas Kirstein (AL): Unserer Meinung nach trifft das Postulat der SVP einen gewissen Punkt. In der vorhergehenden Weisung haben wir nicht über die Höhe des Tarifs sondern über die Struktur abgestimmt. Es ist eine Tatsache und ich habe dies in der Kommission als einziger vehement vorgetragen, dass heutige ewz.basis Kunden in den neuen ewz.default Tarif umgeteilt werden. Es gibt zwar jetzt keine Preiserhöhung, vorher waren diese Strombezügerinnen und –bezüger jedoch im günstigsten Produkt. Das sind sie neu nicht mehr. Da weist die SVP auf etwas hin, was ich durchaus nachvollziehen kann. Es ist richtig, dass die Preisdifferenz nicht viel ausmacht. Ich möchte aber daran erinnern, dass man die gleiche Rechnung hier schon bei den Abfallgebühren gemacht und gezeigt hat, wie wenig das ausmacht. Wenn man aber alles zusammenrechnet, macht es dennoch etwas aus. Die Höhe dieser Tarife wird vom Stadtrat festgelegt, dazu können wir nichts sagen. Das könnte man theoretisch ändern, es ist aber nun so. Wie es Guido Hüni (GLP) gesagt hat, sind die Tarife stark reguliert. Der Stadtrat hat keinen beliebigen Spielraum um diese festzusetzen. Was aber sicher nicht stimmt, ist, dass der

Kunde in irgendeiner Art und Weise König ist. Dieser Illusion gibt sich glaube ich niemand mehr hin. Wir sind im sogenannten Strommarkt in einem höchst regulierten Markt, der den Namen Markt fast nicht mehr verdient hat. Daher ist es eine Abwägungsfrage, wo und wie man als Gemeinderat überhaupt noch zusätzlich regulatorisch eingreifen will. Obwohl dies jetzt etwas anders tönt, hat sich die AL-Fraktion entschieden, dieses Postulat nicht zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass es im Gesamtgefüge dieser Tarife auf diesen Punkt auch nicht mehr ankommt. Wir haben in der Kommission eigentlich ein wenig vor der Komplexität der Tarifgestaltung im Strommarkt kapituliert. Ich darf aber meinen Kommissionskollegen wirklich einen Dank aussprechen. Sie haben sich unglaublich bemüht, die Weisung des Stadtrats zu verbessern. Dies ist leider nicht gelungen. Daher werden wir auch dieses halbrichtige Postulat nicht unterstützen.

Michael Kraft (SP): *Für uns gibt es zwei Punkte, die es zu diesem Postulat zu sagen gibt. Einerseits geht es letztlich um den Preis. Für den durchschnittlichen Strombezüger und die durchschnittliche Strombezügerin kommt es darauf an, was bezahlt werden muss. Dies wird der gleiche Wert sein, wenn sie in den Tarif ewz.default hineinkommen. Es kommt also zu keinen direkten Mehrkosten. Für mich ist aber gewichtiger, dass die Weisung, der wir vorher zugestimmt haben, gewisse Ziele hat. Es geht darum, dass der Standardtarif ökologisch nachhaltiger sein wird und das Produktportfolio des ewz abbildet. Damit wird der Auftrag der Stimmbürgerschaft, den man zum Beispiel mit den Rahmenkrediten für die Windenergie gegeben hat, aufgenommen. Dies soll die Verkaufsargumente stärken und eine in sich stimmige Einheit bilden. Das sind wichtige Aspekte in diesem Gesamtkonstrukt. Deswegen wäre es völlig falsch, wenn man diesem Postulat zustimmen würde. Wie es gesagt wurde, haben die Kundinnen und Kunden auch jetzt ohne Probleme die Möglichkeit, den Tarif zu wechseln, wenn sie den allergünstigsten Tarif möchten.*

Ernst Danner (EVP): *Wir haben hier zwei Schwierigkeiten. Einerseits sind die Bezeichnungen nur Arbeitstitel. Normalerweise hat man in dieser Phase schon mehr oder weniger die definitiven Bezeichnungen. Die zweite Schwierigkeit ist, dass default nicht basis ist. Es ist landläufig schon die Meinung, dass default das billigste ist. Dies ist hier nicht der Fall. Als erstmals die Stromtarife mit Labels eingeführt wurden, gab es neben dem Basistarif auch noch einen Atom-Tarif, dessen Bezeichnung ich nicht mehr genau weiss. Schon damals war der billigste Strom nicht Basis und man hatte die Diskussion, ob man dies dem Kunden zumuten könne oder nicht. Wir haben damals gesagt, dass es das Interesse an der Ökologisierung rechtfertigt, dass wir Ökostrom als Basisstrom anbieten. Wer den anderen Strom möchte, soll sich bewusst dafür entscheiden. Dies hat sehr gut funktioniert und stiess nicht mehr auf grossen Widerstand. Diese Diskussion haben wir nun wieder, weil man den Tarif ewz.default etwas enger definiert. Es stellt sich die Frage, ob man ein Interesse am vom ewz selber produzierten Strom hat. Marianne Aubert (SP) hat gesagt, dass dieser ökologischer sei. Das glaube ich nicht ganz. Ein Migros-Produkt aus der Region ist auch nicht zwingend ökologischer als ein Bio-Ei aus Deutschland. Das Thema Transportwege ist nach meinem Verständnis hier auch nicht relevant. Es handelt sich um eine reine Buchhaltung. Wo der Strom, den man verbraucht, wirklich herkommt, hängt einzig vom Verhältnis zwischen Produktionsanlagen und Verbrauch ab. Insofern ist dies kein Argument. Das Argument, dass der Strom aus*

eigenen Werken stammt, hat jedoch seine Bedeutung und seine Funktion. Ich nehme an, dass auch Partnerwerke dazugehören, bin diesbezüglich aber nicht ganz sicher. Dies erlaubt dem ewz, wieder in eigene Anlagen in der Schweiz oder im Ausland zu investieren. Wegen diesem Argument finden wir es sinnvoll, dass der ewz.default Tarif aus Strom aus eigenen Anlagen, die ökologisch produzieren, besteht. Daher lehnen wir das Postulat ab.

Samuel Balsiger (SVP): Die Begründung des Stadtrats ist, dass die Leute in der Stadt so abgestimmt haben und man den Zwang, den man ihnen auferlegt, dadurch rechtfertigen kann. Was ist aber mit diesen Personen, die bei diesen Abstimmungen Nein gestimmt haben? Was ist mit Ausländern, die nicht an diesen Abstimmungen teilnehmen konnten? Sie können einen Zwang, wo sie einer Einzelperson einen neuen Tarif überstülpen, doch nicht damit rechtfertigen, dass es zu einem verwandten Thema irgendwann eine Abstimmung gegeben hat. Dann könnten sie dies überall machen und zum Beispiel sagen, dass man die Leute dazu zwingt, kein Fleisch mehr zu essen. Oder man könnte allen Leuten das Auto wegnehmen, weil irgendjemand mal so abgestimmt hat. Es wäre schön, wenn liberale Meinungen im Stadtrat vertreten wären.

Matthias Probst (Grüne): Für mich sind zwei Faktoren relevant, die zu diesem Strommix führen. Der erste Faktor ist, dass die Stadtbevölkerung klar zum Ausdruck gebracht hat, dass sie insbesondere beim Strom ökologisieren will. Sie hat den Vorlagen jeweils mit 80 Prozent Ja-Mehrheit zugestimmt. Dies ist ein Auftrag dafür, auch eine Grundversorgung aufzubauen, die dem gerecht wird. Zweitens stellen wir fest, dass sich die Kunden respektive die Bevölkerung der Stadt Zürich nicht besonders für diese Stromtarife interessieren. Aus dem Mix dieser zwei Sachen gibt es eine logische Folge. Man bietet einen günstigen, guten Grundtarif an, der ökologisch ist. Dies war bis anhin ein Patentrezept des ewz, das man seinerseits erfunden hat und auch schweizweit kopiert wurde. Dies hat zu einer massiven Ökologisierung bei verschiedenen Elektrizitätswerken geführt. Wenn man das Vorgehen bei den Tarifen in die Sprache der SVP übersetzt, könnte das folgendermassen lauten: Ein Kunde geht zum Bäcker und möchte Brot kaufen. Der Kunde hat aber nicht so eine genaue Vorstellung, was für Brot er möchte. Der Bäcker bietet im standardmässig ein gutes, wärschaftes Brötchen an und der Kunde ist glücklich damit. Wenn er das nicht will, kann er sich auch für das billige Weissbrot entscheiden. Selbstverständlich steht es dem Bäcker frei, mit welcher Strategie er dem Kunden etwas anbieten will. Gleichzeitig steht es dem Kunden natürlich ebenfalls frei, welches Brot er kaufen möchte. Auf unsere Tarife übersetzt heisst dies, dass die SVP dem Kunden den Tarif verkaufen möchte, der undefiniert ist, weil darin alles enthalten ist, was man in diesem Jahr noch nicht deklarieren konnte. Übersetzt auf den Bäcker heisst das, dass der Bäcker dem Kunden standardmässig das Brot des letzten Tages, das schon etwas vertrocknet ist und nicht mehr ganz so gut schmeckt, anbietet. Dies kann nicht das Ziel der Stadt Zürich und unserer Stromversorgung sein. Zumal der Strom sowieso schon viel zu günstig ist. Eigentlich sollten wir wesentlich höhere Tarife haben, damit mit dem Strom sparsam umgegangen wird. Wir werden noch darüber nachdenken, wie wir eine weitere Ökologisierung einbringen können. Hier sind wir noch nicht am Ende der Mathematik angelangt. Wir verkaufen den Atomstrom schon heute nicht mehr in der

Stadt Zürich, dieser wird aber immer noch produziert und auf dem Markt verkauft. Darüber sprechen wir heute aber nicht. Wir sprechen auch nicht über die Solarenergie, über die es im nächsten Vorstoss geht. Hier liegt das grösste Potential in der Stadt Zürich. Die Bevölkerung will mehr investieren und wir müssen mehr herausholen. Der Auftrag ist relativ klar. Wenn die rechte Ratshälfte permanent als Klimabremser auftreten möchte, mag ihr das vergönnt sein. Die Stadtbevölkerung möchte dies aber zum Glück nicht. Die Bevölkerung möchte das gute Brot und nicht das vertrocknete von gestern.

Stefan Urech (SVP): *Die Rückmeldungen auf unser Postulat passen bei den meisten perfekt in das entsprechende Parteibüchlein. Bei der GLP ist es hingegen einmal mehr nötig, dass wir euch das Wort liberal in eurem Parteinamen erklären. Sie haben die mögliche Erhöhung der Tarife angesprochen und gesagt, dass in einem solchen Fall ein Betrag von 60 Franken im Jahr quasi nichts sei und in keinem Verhältnis zum Handy-Abo stehen würde. Liberal ist aber, dass die Entscheidung darüber beim Kunden liegt und nicht an ihnen in diesem Saal. Der Kunde selber hat ja gesprochen, was er möchte. Der grösste Teil möchte den billigsten Tarif. Es wurde gesagt, dass der Kunde ja einen anderen Tarif wählen kann. Das stimmt. Wir befürchten jedoch einen abgestuften Vorgang. Zuerst hängt man in der Stadt Plakate auf, wo Models mit einem Cüpli in der Hand und der Slogan «So sexy ist die Energiewende» zu sehen sind. Die Aussage in dieser Stufe 1 wäre dann «Wollen sie denn nicht den Ökostrom?» Jetzt sind wir bei Stufe 2, in der es heisst «So nehmen sie doch jetzt den Ökostrom!» In der Stufe 3 hiesse es dann «Jetzt nimmst du den Ökostrom und fertig!» Diesen Vorgang kennen wir schon von der Tagesschule. Diese wurde zuerst beworben. Dann führt man es flächendeckend ein, weil es zu wenig attraktiv war. Dasselbe befürchten wir bei der Fernwärme, wenn man im Josefareal das riesige Fernwärmeareal für so viel Geld ausbaut, sodass sich dies dann zum Schluss auch rechnet. Natürlich kann man im Moment noch den Tarif wählen. Der Weg, wo es mit diesem Zeichen hingehet, dass man automatisch umgeteilt wird, gefällt uns gar nicht. Deswegen möchten wir hier die Handbremse ziehen. Das hat nichts mit Klimabremse zu tun. Es hat vielmehr mit einer liberalen Grundhaltung gegenüber der Freiheit des Menschen zu tun.*

Dubravko Sinovcic (SVP): *Guido Hüni (GLP) hat mich angesprochen und ausgerechnet, wieviel ein Haushalt wie meiner mehr bezahlen müsste. Das zeigt mir, dass er nicht verstanden hat, um was es geht. Ich verdiene sehr gut und könnte auch eine Verzehnfachung des Tarifs problemlos tragen. In diesem Postulat geht es aber um die Leute, die jeden Franken zweimal umkehren müssen, weil ihnen schon jetzt das Geld aus dem Sack gezogen wird. Bei diesen ist nicht opportun auch nur 10 Franken zusätzlich aus dem Sack zu ziehen, die nicht nötig sind. Es geht um das hohe Preisniveau in der Stadt und die Zwangsökologisierung, die ihr macht. Es geht genau um diese Leute, diese liegen uns am Herzen und für diese setzen wir uns ein. Wir können den Spiess auch umdrehen. Wir haben von der GLP und der SP gehört, dass das alles kein Problem sei, da die Zürcher genau diesen Tarif wollen würden. Dann stimmt doch unserem Postulat zu, da sowieso alle den Tarif ewz.default wählen würden. Sie wissen jedoch genau, dass die Marktforschung des ewz stimmt und die Leute einfach günstigen Strom möchten. Entsprechend werden alle beim Tarif ewz.basis bleiben. Nun werden die Leute vom billigsten in den zweitbilligsten Tarif umgeteilt. Das wollen die Leute aber nicht. Der Kunde*

7 / 7

sollte dies selber entscheiden können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Ich möchte noch einmal klar sagen, dass alle Tarife erneuerbar sind. Ich möchte mich dagegen verwahren, dass wir einen Zwang ausüben. Das Gegenteil ist der Fall. Wir schaffen eine neue Wahlmöglichkeit mit einem zusätzlichen, günstigen Tarif. Wir ändern die Systematik. Dies wurde zuvor vielleicht zu wenig betont. Wir sind dabei, uns auf die Strommarktliberalisierung vorzubereiten. Beziehungsweise reagieren wir auf das Drittel der Strommenge, das schon heute im freien Markt ist. Die Befürchtung, dass wir einfach irgendwelche Tarife wegnehmen, trifft kaum zu. Wir sind schon heute mit einem grossen Teil unserer Energie im freien Markt. Wir wollen als Standardprodukt, das anbieten, was das ewz ausmacht. Es handelt sich um das, was die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bestellt haben und was die Eigentümerinnen und Eigentümer – was alle sind, die hier Steuern zahlen – besitzen. Dies soll ihnen als Standardprodukt angeboten werden. Wir wollen keinen Handel mit Produkten, die wir gar nicht herstellen, betreiben. Dies war zumindest bis jetzt nicht die Auffassung des Gemeinderats, der Stimmbürger und auch nicht des Stadtrats. In diesem Sinn haben wir mit dem ewz.default Tarif die Systematik der Weisung umgesetzt. Sie können jederzeit den Stromtarif wechseln, wenn sie plötzlich jeden Franken umdrehen müssen.*

Das Postulat wird mit 35 gegen 85 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat